

Fr. 184
Schlag-
1885
u 1
schiele),
in Ver-
suffnet.
Buchen
Beginn
formel-
Buchen,
in Ge-
Spiel-
Material
stehend
st des
Jul.
st. dem
7 Uhr:
Söhn-
st. dem
Jul.
ng im
46 mi-
n. 9.
Jul.
ereins-
keiten
Zehn-
ett 1.
Die
Kog-
112
n 18
mburg,
in der
en Tag
ur bei
resden,
1. Juli
st. dort
abne-
Kilo-
taggs-
end:
K. em-
wische
K. u.
Al-
1. Juli
S. d.
1 Uhr
1. Juli
er von
Freie
ng im
Salun-
estaur-
s-Ditt-
zukun-
ommen.
Anfolge
am
orten".
Beginn
nach-
h. ar-
Buch-
erhol-
st.
Richters
mähter
er!
ert
atze
ste
74

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Einzelnummern

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Gewerkschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (bei Haus 2 RM, (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel
Schließung: Dresden-L. Osterbahnpostf. 2 / Fernspr.; 141 Dresden Nr. 17299 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)
Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Anzeigenzeile anschließend an den dreizehnpaltigen Zeitstreifen 1,25 RM. Einzelgen-Annahmen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-L., Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Mittwoch, den 7. Juli 1926 Nummer 155

Schluß mit dem Streifbruch! Die entscheidende Phase des englischen Kampfes

Berlin, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.)
Die „Rote Fahne“ bringt heute unter den Überschriften: „Mobilisiert die freien Gewerkschaften! Durchsetzung der Forderungen der freien Gewerkschaften. Gegen den Lohnabbau durch Zerstörung. Politischer Kampf gegen die Marx-Diktatur. Schluß mit dem Streifbruch! Solidarität mit den englischen Bergarbeitern!“ folgenden Aufruf:
Die am 8. und 10. Juli in Düsseldorf stattfindende Bundesausschussung des ADGB erfordert die Stellungnahme der Arbeiterchaft in allen Betrieben und das sofortige Eingreifen. Die Arbeiterchaft muß überall die Mobilisierung der freien Gewerkschaften zum anparlamentarischen Kampf gegen die Marx-Hindenburg-Diktatur fordern. Die Arbeiter müssen verlangen, daß angesichts der ungeheuren Verschärfung der Erwerbslosennot, angesichts der Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung durch Zerstörung der freien Gewerkschaften den Kampf gegen die Unternehmerrückwärts und kapitalistische Nationalisierung aufnehmen. Mit besonderem Nachdruck müssen die Betriebsräte und Erwerbslosen millionenstimmig die Forderung erheben, daß endlich mit der Schmach des deutschen Streifbruchs gegenüber den englischen Bergarbeitern ein Ende gemacht wird. Der Bundesvorstand muß aufgefordert werden, die Ausfuhr deutscher Streifbruchstoffe zu untersagen. Die deutschen Arbeiter müssen nicht Streifbrucher sein, aber sie können heute nur dann erfolgreich und auf der ganzen Linie die nötigen Maßnahmen treffen, wenn sie mit der Waffe der freigewerkschaftlichen Organisation schlagen können. Dazu haben sie die freien Gewerkschaften geschaffen. Wenn der Bundesvorstand die nötigen Maßnahmen beschließt, werden sie durchgeführt werden. Der deutsche Streifbruch fällt voll und ganz auf die ADGB-Führer, die die Organisation bewußt lahmliegen und die Verbindung von Arbeiter zu Arbeiter zerstückten. Wollen die ADGB-Führer nun das Verbrechen auf die Spitze treiben? Die Arbeiterchaft muß und wird den Druck auf den Bundesausschuss verstärken, um die nötigen Maßnahmen des ADGB zur Unterbindung des deutschen Streifbruchs durchzusetzen.
In allen Resolutionen zur Tagung des Bundesausschusses als Forderung der Delegationen aus den Betrieben muß außer der Aufforderung zur Ausnahme des politischen Kampfes gegen Marx-Hindenburg und zur Teilnahme am Kongress der Werttätigen die Forderung wiederkehren:
Macht Schluß mit dem deutschen Streifbruch!
Unterbindet die Ausfuhr von Streifbruchstoffe!

Eine Rede Coops

Der Hungerungsplan der Regierung.
In einer großen Rede in Cannon legte Coops die Situation dar, wie sie nach 8 Wochen Bergarbeiterstreik sich herausgebildet hat. Er führte u. a. aus: „Die nächste Woche wird die entscheidende unserer Kampfes sein. Innerhalb der nächsten 14 Tage wird der Kampf gewonnen oder verloren. Wenn die Bergarbeiter einig bleiben, dann wird die Regierung geschlagen. Innerhalb des Bestandes des Bergarbeiterverbandes gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Die Auffassung des Vorstandes ist vollkommen dieselbe wie die Meinung der Mitglieder. Es handelt sich in dem gegenwärtigen nicht nur um die Zukunft des Bergbaus, sondern auch um die Zukunft der englischen Bergarbeiterchaft. Die Bergarbeiter dürfen sich nicht über ihre Kräfte täuschen, die ihnen gegenüber stehen. Sie kämpfen nicht nur gegen die Zehendenbesitzer, sondern gegen das gesamte britische Bank- und Industriekapital und gegen die reaktionärste Regierung, die in England jemals an der Macht war. Die Unternehmer glauben, daß sie die Gewerkschaften Englands zerlegen können. Der Kampf dauert jetzt 8 Wochen. Es wäre Selbstmord, wenn ein Führer den Kampf auch nur eine Stunde länger fortsetzen würde, als es nötig ist. Aber es handelt sich hier um eine Streiffrage, bei der kein Nachgeben möglich ist. Seit 8 Wochen liegen die Bergarbeiter im Krieg mit der Regierung und den Zehendenbesitzern, und noch nie ist ein Krieg so heftig geführt worden wie dieser. Es handelt sich um den ganz bewußten Plan, die Kinder der Bergarbeiter auszuheugen. Die Bergarbeiter wissen, sie können liegen, wenn es gelingt, das Hungergepenk von ihren Familien fernzuhalten. Nur wenn nicht genug Geld zu schaffen ist, um ihre Kinder zu nähren, können die Bergarbeiter geschlagen werden.“
Die Rede Coops ist ein bringender Mahnruf an die gesamte deutsche Arbeiterchaft und zeigt, wie notwendig die sofortige, aktive Solidarität mit dem heldenmütig kämpfenden Grubenproletariat Englands ist. Soll der Kampf des englischen Proletariats nicht verloren gehen, sollen nicht die Unternehmer und die reaktionäre Regierung in England triumphieren, dann müssen die deutschen Arbeiter sofort und mit allen Kräften diesen Kampf auf das Taktischste unterstützen. Mit der Ausfuhr deutscher Streifbruchstoffe muß Schluß gemacht werden. Die Sammelaktion zur Abwehr des Hungergepenkes der streikenden Bergleute muß in erhöhtem Maße fortgesetzt werden.
Sammelt, geht und helft den englischen Brüdern!

Die Kampffront geschlossen

London, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In Warwickshire haben die Zehendenbesitzer die Gruben wieder eröffnet. Man hoffte, daß zahlreiche Arbeitsschwärme erscheinen würden. Aber die Unternehmer wurden jämmerlich enttäuscht. Die Bergarbeiter bleiben geschlossen im Streik. Im Unterhaus drohte der Minister Johnson-Hicks daß er alle Vollmachten des Ausnahmezustandes anwenden werde, falls jemand es wagt, arbeitsschwärme Bergarbeiter zu beschäftigen. Aber die Drohung ist zwecklos, wenn die „Arbeitswilligen“ nicht kommen.

Die Bourgeoisie weiß, was sie will

Die SPD-Führer wollen nicht, trotzdem sie wissen
Wir wünschen, jeder SPD-Arbeiter könnte einen Blick in die bürgerlichen Zeitungen der letzten Tage werfen und zugleich die eigene Pressenspreche verfolgen. Er würde dann, vielleicht nicht ohne Überraschung, sehen, daß es nicht kommunistische Pläne, sondern reale Tatsache ist, was wir in unserer Ueberschrift feststellen: Die Bourgeoisie weiß, was sie will, die SPD-Führer dagegen wollen nicht, trotzdem sie wissen.
Zunächst die Bourgeoisie. Was will sie?
Sie will, — geben wir lieber einem Kapitalisten das Wort. Georg Bernhard schreibt in der „Vossischen Zig.“ vom Sonntag:
„Alles Schöne, was über Nationalisierung gesagt und geschrieben wird, wird die deutsche Wirtschaft aus der erwanderten Schwierigkeit nicht hinausführen. Nicht einmal die sogenannte normale Arbeitslosigkeit wird sich vorläufig befristigen lassen. Denn vermutlich wird erst im Herbst die Hauptkreditkreditaktion der deutschen Industrie einsetzen, wenn die inzwischen ungeteilten arbeitsschwärme Werte die dann einsetzenden niedrigen Preise dazu benutzen, um ihre Arbeit durch den erzielten größeren Umsatz rentabel zu machen. Dann wird es im Gedächtnis der kleinen Unternehmungen frachen. Dann werden zunächst neue Arbeiter freigelegt. Und dann wird plötzlich die Regierung radikalisierten Arbeiterparteien gegenüberstellen, deren Wurzeln sie sehr unjant aus dem Schlaf rütteln wird.“
Das will die Bourgeoisie. Die ganze Bourgeoisie. Sie sieht schwere Zeiten kommen. Nicht nur, daß die „normale Arbeitslosigkeit“ bleiben wird, sie sieht bereits auf die „Freilegung“ neuer Arbeiter, auf die Verschärfung der Wirtschaftskrisis durch die Produktionsüberfüllung der „inswichen umgestellten, arbeitsschwärme Betriebe“, also auf neue Erwerbslosigkeit und neuen Lohnabbau. Krasser kann wohl die neue Krise kaum angekündigt werden.
Was will nun die Bourgeoisie?
Wir werden auch hier die Kapitalisten reden lassen. Für sie spricht alles Notwendige die deutsche nationale „Deutsche Tageszeitung“ aus. Die wirtschaftliche Entwicklung als bekannt vorausgesetzt, wendet sich das Blatt den politischen Forderungen zu. Worin bestehen sie? In der lapidaren Feststellung, daß es jetzt eine Front der Bourgeoisie geben müßte, weil anders die Forderungen des Kapitals nicht durchgeführt werden können, und zudem jeder sachliche Grund für ein getrenntes Vorgehen fehlt. Die deutschnationale Zeitung gibt die wichtigsten Fragen auf und beweist, daß die Einigung nicht nur möglich, sondern eigentlich bereits perfekt ist.
Lassen wir die „Deutsche Tageszeitung“ über die einzelnen Fragen reden.
Die Kampffront geschlossen. Hier habe der deutschnationale Abgeordnete Schlangensöhningen bereits erwähnt, den Streit um die Orientierung unserer Kampffront, die in dem Namen Locarno zusammengefaßt werden kann, zu begraben und sich lieber von Mann zu Mann zu verständigen.“ „Damit“ fährt das Blatt fort, „ist aber die Brücke nicht nur zur Deutschen Volkspartei, und speziell Herrn Stresemann, sondern zugleich auch zum Zentrum gegeben.“ Sieht man vom Junismus ab, mit dem hier das ganze nationalistische Gelehrte über Locarno als ordnungsgemäß einverstanden wird, dann bleibt die unumkehrliche Kampffront der Deutschnationalen übrig, die Kampffront Stresemanns ohne Wiederbe mitzumachen.
Die Sozialpolitik. Vielleicht könnte diese, ruft das Blatt aus, „als ein Sammelst für ein Zusammengehen mit den Rechten betrachtet werden?“ Mit nichts. „Denn Tatsache ist, daß die Sozialpolitik der letzten Jahre regelmäßig gemeinsam vom Zentrum und den Deutschnationalen, oft genug, ja ganz vornehmlich, gegen die Sozialdemokratie gemacht worden ist.“ Zweifelt jemand daran? „Wir behalten uns“, droht bereits das deutschnationale Blatt, „nähere Nachweise dazu vor.“
„Auch in der allgemeinen inneren Politik bestehen keine Gegensätze“, fährt die „Deutsche Tageszeitung“ fort. Selbst die Frage: Republik oder Monarchie spiele keine Rolle mehr. „In dieser Zeit kann es sich überhaupt nicht um die Staatsform handeln, sondern um den Staat selber. Damit“, schließt die „Deutsche Tageszeitung“, „alle Grundlagen für eine Zusammenfassung aller staatsbürgerlichen Kräfte gegeben sind.“
Man sieht, die Bourgeoisie weiß, was sie will. Sie weiß, daß ein neuer großer Ausbruch auf die Lebenshaltung von Millionen Werttätigen bevorsteht, und sie will für die Sicherung dieses Ausbruches eine geschlossene diktatorische Front der Bourgeoisie auch als Regierungsform haben: sie will den Bürgerkrieg!

Deutsche Justizschande

Josephien freigesprochen - 11 Jahre Zuchthaus für Kommunisten

Breslau, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Heute nachmittags wurde das Urteil im Mordprozess Josephien verkündet. Er wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Gerichten werden die Staatsanwaltschaft anfertigt. In der Urteilsbegründung, die der Vorsitzende gab, erklärte er, Josephien sei ein Mensch, dem man eine solche Tat wie der Anstiftung und des verübten Mordes durchaus zutrauen könne. Die Tat sei dem Angeklagten durchaus zuzutrauen. Die Beweisgründe sprächen in überwältigender Weise gegen ihn. Das Gericht sei der Ansicht, daß Josephien der wahrscheinliche Täter sei, doch könne das ihm nicht bewiesen werden, es fehle noch das Fälschen über dem i. Die Schuld des Angeklagten sei mit den Händen zu greifen, doch lauge es noch nicht zur Verurteilung. Das Gericht habe erzwungen, daß in dem Angeklagten starke unfittliche Triebe vorhanden seien und daß sein Verhalten sowohl vom menschlichen, als auch vom rechtlichen Standpunkt einen fittlichen Tadel hand offenkundig. Es stehe außer Zweifel, daß der Angeklagte nicht würdig sei, das Richteramt weiter zu begleiten.
Josephien, der während der Verhandlungen vor seiner Gemeinnützigkeit zurückblieb, um die beiden Frauen, mit denen er jahrelang in der intimsten Weise zusammenlebte, als Diener und Geisteskränke hinzustellen, hat sich als ein vollkommen verkommen, brutaler und korrupter Mensch erweisen. Das Bild Joseners in diesem Prozess ist ein fürchterliches Anschauungsunterricht über jene Sorte von Menschen, die in Deutschland berufen sind, als Richter Urteile zu fällen. Er ist nichts anderes als der Beweis für die schauderliche Verkommenheit der deutschen Klassenjustiz, für die die gemeinsten Verbrecher gerade gut genug sind, um die Hentzerarbeit an der Arbeiterchaft durch mehr oder weniger als Amtsgerichtsrat wegen der furchtbaren Härte seiner Urteile verurteilt. Dieses Musterexemplar deutscher Klassenjustiz verhängte die härtesten Urteile gegen Proletarier. Jetzt muß ein anderer seiner Sippe feststellen, daß er selbst der schwersten, gemeinsten und niederträchtigsten Verbrecher selbst ist. Das Götter, das einen Joseners und einen Josephien in die höchsten Richterstellen aufdrückt, erklärt sich von Tag zu Tag immer mehr in seiner ganzen Verfaultheit. Der Prozess Josephiens bedeutet einen furchtbaren Faustschlag in das

Geficht der dreifachen Dessenität, die ihr Urteil über den Charakter und das Wesen der deutschen Klassenjustiz bereits gefällt hat.
Wie viele Klassenjustiz urteilt, wenn es gilt, Proletariat ins Zuchthaus zu werfen, dafür hat das Preussische Gericht in Leipzig erst gestern wieder einen neuen Beweis erbracht. Dafür folgende Meldung:
Furchtbares Rauburteil
Leipzig, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Gestern verkündete Niedner das Urteil gegen die sogenannten Pöhlischer. Herzoldt erhielt 4 Jahre Zuchthaus, die Genossen Breithaupt und Reibbaum je 2 Jahre und 9 Monate Gefängnis, Husemann 2 Jahre 3 Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird behauptet, daß die Pöhlischerzentrale „im engsten Zusammenhang mit der Zentrale der kommunistischen Partei und mit der Reichstagsfraktion der KPD, sowie mit der „Roten Hilfe“ gearbeitet habe, obwohl alle zum Zwecke des Beweises dieser Behauptung gemachten Zeugnisaussagen nicht den Schatten des Beweises dazu erbringen konnten.
Trotzdem die Verteidiger der Angeklagten, die Rechtsanwältin Coohn und Herzfeld, in überzeugender und zwingender Weise nachwiesen, daß von der ganzen Anklage in diesem Prozess, von der angeblichen Pöhlischerzentrale, nichts anderes übrig geblieben ist, als die von den Angeklagten gegen bedrückte und verfolgte Arbeiter gelebte Klassen-solidarität, trotzdem das ungeheure Urteil der Niednerjustiz. Das Urteil bedeutet einen Schlag gegen die Arbeiterklasse. Der einseitige Aufmarsch der roten Front aller Werttätigen soll damit getroffen werden. Ein Schlag, mit dem man die KPD. treffen wollte. Solche Urteile kennzeichnen den Klassencharakter der repressiven „Rechtsprechung“.

Das ist die Lage auf Seiten der Bourgeoisie. Gewiß gibt es auch „Gegen-tendenzen“. Dem Zentrum und den Demokraten wäre ein verhältnißvoller Bürgerkrieg lieber, zumal die Massen beider Parteien zu rebellieren beginnen. Das zeigte der Verlauf einer Zentrumsstagung. Andererseits beweist gerade diese Tagung, daß sachlich das Zentrum durchaus auf dem Boden der Deutschnationalen steht. Die „Gegen-tendenzen“ im Zentrum äußert sich nur darin, daß diese „republikanische“ Partei das deutschnationale Programm unter Umständen auch mit den Sozialdemokraten durchführen würde. Sonst ist die Uebereinstimmung der bürgerlichen Parteien in den wesentlichen Fragen köstlich.
Wie steht es demgegenüber bei der SPD?
Hier ist es schwerer, nach der vorhergehenden Methode zu verfahren. Der „Vorwärts“ zieht es vor, Fragen zu stellen, ohne sie zu beantworten, oder überhaupt zu schweigen. Inzwischen erklärte der ADGB-Vertreter Spieß, ein organisierter Sozialdemokrat natürlich, daß im Herbst die Zahl der Erwerbslosen außerordentlich ansteigen wird, so daß im Winter über zwei Millionen Erwerbslose Unterstützung beziehen müssen.“ Auch die Ratiosnationalisierung, sagt Spieß, macht eine Menge von Arbeitskräften frei und trägt dazu bei, daß der Ueberfluß an Arbeitskräften zu einer Dauererleichterung wird.“ Diese Ausführungen deuten sich vollständig mit der Feststellungen Bernhards. Und die SPD muß ebenfalls davon wissen, zumal der „Vorwärts“ die Rede Spiechs ausführlich wiedergegeben hat. Die SPD weiß